

Bundesräte sollen Kleinbürger und Übermenschen sein

Kein Land ist so gut durch die Finanzkrise gekommen wie die Schweiz. Doch das Parlament ist in der Krise seiner Aufgabe der Oberaufsicht über die Regierung nachgekommen und hat den Splitter im Auge des Bundesrates gefunden – doch was ist mit dem Balken in seinem eigenen Auge? Von Dieter Freiburghaus

Das Parlament ist die oberste Gewalt im Bund, vorbehaltlich der Rechte von Volk und Ständen. Es übt die Oberaufsicht über den Bundesrat aus. Damit beauftragt es insbesondere seine Geschäftsprüfungskommission (GPK). Diese hat nun die Vorgänge rund um die UBS-Rettung und die Auslieferung von Bankdaten an die USA eingehend untersucht und die Erkenntnisse in einem umfangreichen Bericht festgehalten. Er ist lesenswert, aber eben zu umfangreich, um von überlasteten Politikern und Kommentatoren wirklich gelesen zu werden. Also dient er in üblicher Manier als Steinbruch, in welchem jeder den Stein findet, den er als erster auf die Regierung wirft. Skandalöses kam nun da zum Vorschein: «Ein Klima des Misstrauens» herrsche im Bundesrat, departementale Alleingänge seien an der Tagesordnung, es fehle an strategischer Planung, und man hätte auf jeden Fall viel früher reagieren und den USA gegenüber härter auftreten müssen.

Andere Staaten beneiden uns

Doch auf der andern Seite: Kein Land ist so gut durch die Krise gekommen wie die Schweiz. Die UBS wird den Steuerzahler womöglich überhaupt nicht belasten. Die Staatsverschuldung ist relativ gering, die Arbeitslosigkeit niedrig. Unser Land steht nach wie vor bei den meisten vergleichenden Indikatoren ganz oben. Und selbst um unsere Regierungskrisen beneiden uns die andern Staaten. Doch diese guten Resultate haben natürlich nichts mit der Politik des Bundesrates zu tun, denn da herrscht ja «ein Klima des Misstrauens», da sind Dilettanten am Werk, denen man die Leitung des Staates schleunigst entziehen sollte!

Durchwursteln

Die Schweiz hat auf Bundesebene keine starke Regierung, denn man hat dies bisher nicht gewollt und nicht für nötig erachtet. Ja eigentlich haben wir keine Regierung, wenn man diese an den Möglichkeiten misst, ihre Politik aus eigenen Mitteln durchzusetzen. Wir haben keinen Ministerpräsidenten mit Richtlinienkompetenz, keine parlamentarische Mehrheit und keine Parteiendisziplin, welche der Regierungspolitik zum Durchbruch verhelfen könnten. Das Parlament kann jede Vorlage der Regierung zerzausen, das Volk darf daraufhin das Resultat annehmen oder ablehnen, und Volk und Stände können mittels Verfassungsinitiativen auch noch den letzten Rest einer kohärenten Politik abschiessen. Da hat jeder Versuch einer strategischen Planung durch die Regierung nur noch eine Halbwertszeit von Tagen, da ist Durchwursteln die einzig verbleibende Möglichkeit. Man

nennt dies dann Kollegialität und Konkordanz, Kompromiss und Konsens. Es ist schon richtig: Unter solchen Bedingungen wäre ein Klima des Vertrauens in der Regierung ein hohes Gut.

Es wäre sehr wünschenswert, wenn ihre Mitglieder weit vorausschauen würden und ihre departementalen Interessen zu Gunsten des Allgemeinwohls zurückstellten. Es wäre nützlich, wenn alle sieben jeweils die Geschäfte der andern sechs genau kennen, natürlich ohne sich ungebührlich einzumischen! Und es wäre wichtig, für jeden noch so unwahrscheinlichen Fall geeignete Krisenbewältigungs-Drehbücher im Schrank zu haben. Wir verlangen also von unseren Magistratinnen und Magistraten, dass sie alle strukturellen Schwächen des Regierungssystems durch ein Übermass an menschlicher und fachlicher Kompetenz kompensieren. Wir wollen sie so kleinbürgerlich, wie wir alle sind, und gleichzeitig wünschen wir, sie wären Übermenschen. Es sollen profilierte Persönlichkeiten sein, die jedoch hinter das Kollektiv zurücktreten. Und wer sucht und wählt nun diese sonderbaren Wesen? Das Parlament! Es sind unter anderem die Spielchen um die Bundesratswahlen, welche die Bundesversammlung seit dem Untergang der alten Zauberformel frönt, die ein Klima des Misstrauens geschaffen haben.

Die immer öfter auftretenden unheiligen Allianzen zwischen denen, welche den Kapitalismus überwinden, und denen, welche die Landesgrenzen dichtmachen wollen, führen zu einer verantwortungslosen Politik. Den sogenannten Mittepartei ist jede Orientierung abhanden gekommen, sie hängen ihre Fähnlein in den Wind der Volksbefragungen. Immer öfter wird im Parlament versucht, Forderungen, die nicht mehrheitsfähig sind, durch Junktims und Ablehnungs-Drohungen durchzusetzen, wobei man sich nicht scheut, die Volkswirtschaft (uns alle!) in Geiselhaft zu nehmen. Und alle diese Fehlleistungen soll die Regierung kompensieren. Doch wie soll sie dies angesichts ihrer strukturellen Schwächen leisten? Wie kann sie aufzeigen, wohin es mit der Armee gehen soll, wenn die Parteien in dieser Frage völlig zerstritten sind? Wie anders als im letzten Moment muss die Regierung das Bankgeheimnis scheinbar preisgeben, wenn alle Politiker und Politikerinnen seit Jahren die Zeichen an der Wand sahen, sich jedoch weigerten, auch nur darüber zu sprechen? Und wie soll diese Regierung international stark auftreten, wenn von ihr geschlossene Verträge in Frage gestellt werden und das Volk zu Verfassungsartikeln verleitet wird, welche dem Völkerrecht widersprechen?

Einbildung der Politiker

Das Parlament hat seine Aufgabe der Oberaufsicht

über die Regierung wahrgenommen. Es hat den Splitter im Auge des Bundesrates entdeckt. Doch was ist mit dem Balken in seinem eigenen? Welche Untersuchungskommission ist dafür zuständig? Nun, das Parlament wird vom Volk gewählt – aus den Listen, welche ihm von den Parteien unterbreitet werden. Und da ist die Auswahl dann eben oft nur quantitativ gross. Aber sonst gehe es uns gut; und es ist beruhigend zu wissen, dass dies vom Tun und Lassen der Politik weniger abhängig ist, als diese annimmt.

Dieter Freiburghaus ist emeritierter Professor für europäische Studien am IDHEAP der Universität Lausanne.